

# Imaginierte Gemeinschaften

Da Menschen sich als soziale Wesen verstehen – und dies unabhängig davon, wo sie geboren und aufgewachsen sind, welche Sprache sie sprechen und welcher Schicht oder Kultur sie angehören – steht ausser Frage, dass sie auf Zugehörigkeit angewiesen sind. Menschen suchen ein Leben lang aktiv nach solcher Zugehörigkeit, sei dies mit Blick auf ein Leben zu zweit, sei dies in Bezug auf Familie, auf Freundes- und Bekanntenkreise, auf Vereine und politische Parteien, auf Clans oder Stämme, oder gar in Bezug auf ethnische Gruppen oder Nationen.

Identitätsfindung erfolgt interaktiv. Dadurch steht schon einmal fest, dass an Identitätskonstruktionen sowohl das Individuum als auch die Gesellschaft beteiligt sind. Einerseits erarbeiten sich Menschen ein Bild von sich selbst, das ihnen Sicherheit vermitteln und erlauben soll, ein «gutes Lebens» zu führen und in einem gesellschaftlichen Milieu zu bestehen. Andererseits stellen Gesellschaften auch Identitätsangebote zur Verfügung, die von Individuen angenommen, in das eigene Selbst integriert und zur Selbstidentifikation genutzt werden (können). Identitätsbildungen sind deshalb als Resultat des Zusammenspiels von individuellen und kollektiven Leistungen zu verstehen.

## Individuelle Identitäten

Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts postulierten Wissenschaftler, dass Kinder im Laufe ihrer Sozialisation ihre Identität fortlaufend so ausbilden, dass die Identitätsentwicklung im frühen Erwachsenenalter abgeschlossen ist. Die familiäre und sekundäre Sozialisation sei hierbei ebenso wichtig wie der Erwerb einer Muttersprache oder die Denk- und Handlungsmuster, die in einer gegebenen Kultur dominant sind. Ein solches statisches Identitätsmodell gilt heute als überholt. Vielmehr geht man gegenwärtig davon aus, dass Identitätsentwicklung interaktiv erfolgt. Sie setzt bereits im frühen Kindesalter ein und ist eigentlich nie abgeschlossen. Eine solche Betrachtungsweise bietet dem Individuum sowohl Vor- als auch Nachteile. Nachteilig bezüglich einer solchen Situierung von Identität ist, dass Individuen nie darauf bauen können, über eine gegebene, also auch über eine starke Identität zu verfügen. Sie haben quasi permanent Identitätsarbeit zu leisten. Andererseits bietet ein solch flexibles Identitätsmodell den Vorteil, dass sich sozialer Wandel besser verkraften lässt. Zum Beispiel können Individuen darauf vertrauen, dass sie den Schritt von einem sozialen und kulturellen Milieu in ein anderes Milieu verkraften, da sie mit den notwendigen Fähigkeiten ausgestattet sind, um ihre Identität neuen Erfordernissen anzupassen. Diese ist zum Beispiel von Bedeutung für Personen, die sozial aufsteigen und sich plötzlich in einer anderen gesellschaftlichen Schicht wieder finden, oder für Personen, die migrieren und sich mit fremden Sprachen, fremden Mentalitäten sowie mit neuen Bildungsanforderungen konfrontiert sehen.

Die Tatsache, dass früher Identität mehrheitlich als statisch, heute hingegen vor allem als flexibel betrachtet wird, verweist allerdings auf den Umstand, dass moderne Gesellschaften vom Individuum eine stärkere Eigenleistung verlangen. Waren etwa in früheren bäuerlichen Regionen gesellschaftliche Rollenerwartungen noch klar definiert – was die Identitätssuche we-

sentlich erleichtert hat –, so ist in differenzierten Gesellschaften die Frage, wie ein Individuum sein Leben gestalten will und soll, viel offener. Wahlmöglichkeiten sind gegeben und die Gefahr, dass Individuen ihre (Wunsch-)Rolle nicht finden, ist entsprechend hoch. Es ist denn auch nicht erstaunlich, dass Identitätsfragen erst mit der Herausbildung jener modernen, äusserst komplexen Gesellschaften, welche die Individualisierung vorantreiben, wichtig geworden sind. Individualisierung beinhaltet nichts anderes, als dass die Gesellschaft/Gemeinschaft sich aus der Verantwortung der – aus liberaler Sicht – übertriebenen «Pflege» seiner Angehörigen zurückzieht und dem Individuum stattdessen Freiheiten lässt, die dieses auf Basis der Selbstverantwortlichkeit nutzen soll. Lassen traditionelle Gemeinschaften dem Individuum wenig Raum zur Selbstbestimmung, so sind umgekehrt Individuen in modernen Gesellschaften gezwungen zu entscheiden, zu wählen und sich Identitäten zuzulegen. Gerade die Absenz von festgezurrtten Kollektividentitäten, die nicht hinterfragt werden sollen, kann freilich Individuen, die in Bezug auf ihre persönliche Identitätssuche Schwierigkeiten haben und die mit der von ihnen eingenommenen sozialen Rolle unzufrieden sind, dazu verleiten, nach übergeordneten Identitätsmustern zu suchen, die ihnen mehr Sicherheit und ihrem Leben Sinn verleihen sollen.

## Kollektive Identität

Im Unterschied zu persönlichen Identitäten, die von Individuen selbst generiert werden (müssen), haben kollektive Identitäten ihren Ursprung in der Gesellschaft, das heisst, in jenem Zusammenleben von Menschen, das von diesen als gesellschaftlich wahrgenommen wird. In traditionellen Gesellschaften werden Zugehörigkeiten zu einem Dorf, zu einer Verwandtschaftsgruppe, zu einem Stamm, einer ethnischen Gruppe oder auch zu einem Volk markiert. Damit Zugehörigkeiten sowohl von innen als auch von aussen wahrgenommen werden, bedient man sich häufig bestimmter Zeichen, denen identitätsstiftende Wirkung zugeschrieben wird. Solche Zeichen können in spezifischer Kleidung, in Ziernarben, in Wappen oder auch im kognitiven Bereich – z. B. in Herkunftsbezeichnungen, Familien- oder Stammesnamen – eingelagert sein.

Mit dem Aufbau moderner Staatlichkeit im 18. und 19. Jahrhundert erhielt ein neues kollektives Identitätsmuster Bedeutung: die nationale Zugehörigkeit. Aufgrund des Umstandes, dass Staaten gemeinschaftsbezogene Identitätsangebote vermitteln – was jeweils auch die Territorialität und die Abgrenzung nach aussen beinhaltet –, wurde Nationalität zu einem wirksamen Instrument, um eigene Bürger mit Identität auszustatten und mittels nationalistischer Politiken Loyalität einzufordern.

## Staatlichkeit und «nationale Identität»

Das Verknüpfen von Staatlichkeit und «nationaler Kultur» zählt zu den mächtigsten Wirkungsfaktoren, welche die Moderne hervorgebracht hat. Unabhängig davon, ob «moderne» Staatlichkeit bereits früh entwickelt wurde (wie in Europa und den USA), oder ob diese im Zuge kommunistischer Politik aufgebaut wurde (wie in der Sowjetunion und in China), oder ob diese gar erst im Zuge der Befreiung von kolonialer Unterdrückung generiert wurde, immer stand und steht das «nationale Projekt» im Vordergrund. Darunter wird verstanden, dass eine Nation als homogenes und geschlossenes Ganzes in Erscheinung treten soll. Da nun aber Staatsvölker nie homogen sind, und praktisch überall auf der Welt jeweils zivilgesellschaftliche Mehrheiten für sich in Anspruch nehmen, die Idee des Nationalen zu verkörpern, z. B. weil sie sprachlich, religiös und kulturell der nationalen Vorstellung am nächsten kommen, geraten jene Gruppen, die diesem Bild nicht entsprechen und die deshalb nicht über die «richtige» Identität verfügen, unter Druck. Es sind dies fast immer kleinere oder grössere Gruppen von Staatsbürgern, die mit nationalen Identitätsangeboten wenig anzufangen wissen, weil diese ihren eigenen kulturellen Vorgaben nicht entsprechen.

Im Zuge von Staatsgründungen können solche Gruppen zu nationalen Minderheiten mutieren. Das Spannungsfeld, das sich zwischen Mehrheiten und Minderheiten auftut, ist deshalb praktisch in allen Nationalstaaten zu finden. Bis in die jüngere Zeit hinein haben Nationalstaaten mit dem Verweis auf die Wahrung der nationalen Einheit Minderheiten zur Assimilation zu zwingen versucht. Beispiele dafür sind Frankreich mit Blick auf Regionalsprachen, amerikanische Staaten in Bezug auf indigene Gruppen, die Türkei hinsichtlich der Kurden oder die Schweiz mit Blick auf Fahrende. Heute wird weniger mit dem Prinzip Assimilation, sondern vermehrt mit dem Prinzip «Anerkennung» gearbeitet, was gleichbedeutend ist mit dem Verzicht von Nationalstaaten, sich als monokulturell und homogen definieren zu wollen. Die Anerkennung von Minderheiten, beziehungsweise von Teilen von Minderheitenkulturen (Sprache, Religion) beinhaltet fast immer auch ein «power-sharing», das auf Selbstbestimmung, auf Teilautonomie oder gar auf Föderalisierung hinauslaufen kann.

15

## Prozesse von Ethnisierung

16 Sowohl der Aufbau von nationalstaatlichen Strukturen als auch die Inkorporation von kulturell differenten (nationalen) Minderheiten – sei dies in Form der Assimilation oder in Form der Anerkennung – spricht jeweils kollektive Identitäten an, nämlich jene, die sich auf das Nationale beziehen, als auch jene, welche die Minderheit betreffen. Streit um Identitäten führt zu dem, was in der Sozialanthropologie mit Ethnisierung umschrieben wird. Ethnisierung beinhaltet gleichermassen die Selbstzuschreibung als auch die Fremdzuschreibung von Identität und kultureller Differenz. Ethnisierungen finden sich in modernen Gesellschaften gewöhnlich dort, wo soziale Gruppen gegeneinander und in Bezug auf einen existenten, durch eine Mehrheitskultur dominierten Nationalstaat um Anerkennung kämpfen und wo sich diese Gruppen zwecks Stärkung eigener Positionen eindeutige Identitäten zulegen. Solche Identitäten zeigen fast ausschliesslich dann praktische Wirkung, wenn sie sich auf vorgestellte religiöse, ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit berufen. Hier zeigt sich ein Paradox moderner Gesellschaften, das darin besteht, dass die Bedeutung von ethnischer, religiöser und nationaler Zugehörigkeit nicht schwindet, wie klassische soziologische Theoretiker unter Verweis auf die Individualisierung postuliert haben, sondern im Gegenteil zunimmt.

Wohin wir heute auch schauen: Ethnische Zugehörigkeit mutiert zum wichtigsten Element in Bezug auf das Austragen von gesellschaftlichen Konflikten. Die in afrikanischen Ländern laufenden Bürger- und Stammeskriege (Sudan, Kenia) sind ebenso mehrheitlich als ethnische Bewegungen zu sehen, wie jene nationalistischen Strömungen, die zu Staatsgründungen führen (Kosovo) oder führen sollen (Kurden, Tamilen). Aggressiv religiöser Fundamentalismus findet sich heute in allen grossen Religionen, im Christentum (Evangelikale) ebenso wie im Judentum (Orthodoxe) und im Islam (Sunniten, Schiiten), im Hinduismus (Indien) desgleichen wie im Buddhismus (Tibet). Offensichtlich eignen sich allein noch Ethnisierungen, Nationalisierungen und religiöse Fundamentalisierungen dazu, Projekte kollektiver Emanzipation aufzugleisen.

## Identitätspolitik ja oder nein?

Praktisch alle Staaten der Welt sehen sich in der Situation, ethnisch, religiös und/oder kulturell heterogene Bevölkerungen zu «verwalten». Entweder ist Heterogenität bereits in der Zusammensetzung der nationalen Bevölkerung vorgegeben, oder diese entsteht durch Zuwanderung. In vielen Staaten finden sich beide Formen. Regierungen der Mehrheit dieser Staaten entwerfen folgerichtig Politiken, welche die unterschiedlichen Muster der ethnischen, religiösen oder kulturellen Zugehörig-

keit reflektieren. Durch Anerkennungsprozesse sowie mittels spezifischer staatlicher Massnahmen wird oft versucht, Minderheiten zu befähigen, ihre gesellschaftliche Position gegenüber anderen Gruppierungen, insbesondere gegenüber der nationalen Mehrheit zu stärken. Dies nicht zuletzt mit der Absicht, jene potentiellen Spannungen zu entschärfen, die sich aus der meist historisch bedingten Ungleichstellung herausgebildet haben. Staaten sind deshalb gezwungen das zu vollziehen, was sie eigentlich ungern tun, nämlich Identitätspolitik zu betreiben. Identitätspolitik entsteht immer dann, wenn vom Prinzip, dass alle Bürger gleichgestellt und mit gleichen Rechten ausgestattet sind, abgerückt wird, und Gruppen – meistens unterprivilegierte – mit Zusatzrechten ausgestattet werden.

Die Umsetzung solcher Identitätspolitik kann unterschiedliche Formen annehmen. Spannungen zwischen (grossen) Minderheiten und Mehrheiten können mittels föderaler Machtteilung gelöst werden, wie das in der Schweiz der Fall ist. Falls Staaten Wert auf Zentralismus legen, ziehen sie das Modell innerstaatlicher Nationalitätenanerkennung vor, wie das die ehemalige Sowjetunion getan hat und wie dies die heutige Republik China mit der «minzu»-Politik nach wie vor tut. Westlich-liberale Staaten, die – obwohl demokratisch und rechtsstaatlich geführt – gleichwohl auf das Instrument der Ausgleichspolitik zurückgreifen müssen, um ethnische, religiöse oder kulturelle Minderheiten zu schützen, bedienen sich unterschiedlicher Formen. Der schwächste Eingriff besteht in der Verabschiedung von Antidiskriminierungsgesetzgebungen. Ein mittelstarker Eingriff manifestiert sich in der Ausformulierung von



*Hans-Rudolf Wicker ist Professor am Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern. Er ist Experte im Bereich Migrationsfragen und publizierte mehrere Bücher zum Thema kollektive Identität.*

## Communautés imaginées

Politiken zur aktiven Förderung von Minderheiten mittels Quotenregelungen, z.B. «affirmative action», wie dies in den USA in Bezug auf die schwarze Bevölkerung und in Indien hinsichtlich der Angehörigen von unteren Kasten praktiziert wird. Ein starker Eingriff wiederum zeigt sich im Zusprechen von Kollektivrechten an Minderheiten. Letzteres findet sich in Kanada, Norwegen, Australien, Neuseeland sowie in den meisten lateinamerikanischen Staaten mit Blick auf jene indigenen Gesellschaften, die sich selbst als «First Nations» verstehen.

Wie zögerlich Staaten die Instrumente der Identitätspolitik gebrauchen, erklärt sich aus dem Umstand heraus, dass diese den liberalstaatlichen Grundsätzen eigentlich entgegenlaufen, und dass sie nur selten dazu führen, benachteiligende Ungleichheit zwischen ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen abzubauen. So gesehen erklärt sich, weshalb Identitätspolitik, die über das Diskriminierungsverbot hinausgeht, ausschliesslich in Bezug auf nationale Minderheiten Anwendung findet, nicht jedoch hinsichtlich von Zuwanderergruppen. Egal, ob alte Einwanderungsstaaten (USA, Kanada, Australien) oder die neuen Zuwanderungsländer Europas angesprochen sind, von Zuwanderern wird erwartet, dass sie sich «integrieren» und keine spezifische Identitätspolitik einfordern. Soweit religiöse, ethnische oder kulturelle Partikularitäten bei solchen Gruppen wirksam werden, sollen diese nicht über Sonderrechte geschützt, sondern vor dem Hintergrund der ihnen zustehenden Grundrechte artikuliert und gelebt werden.

*Les identités collectives ont leur origine dans la société, c'est-à-dire dans la cohabitation d'individus qui la perçoivent comme sociale. Dans les sociétés traditionnelles, c'est l'appartenance à un village, à une parentèle, à un groupe ethnique ou encore à un «peuple» qui est marquée. Pour que les appartenances soient perçues tant à l'intérieur qu'à l'extérieur, on utilise fréquemment des signes distinctifs auxquels on attribue un effet identitaire. Avec l'édification d'Etats souverains modernes aux 18e et 19e siècles, un nouveau modèle identitaire collectif significatif est apparu: l'appartenance nationale. La combinaison de la «souveraineté» et de la «culture nationale» compte parmi les facteurs d'efficacité les plus puissants générés par la modernité. Dans ce champ de tension, on exploite souvent la politique identitaire, que ce soit de la perspective de la majorité d'une société ou des minorités. La politique identitaire est toutefois extrêmement risquée et ambivalente. Si des privilèges en faveur d'un groupe spécifique en dérivait, ils devraient être articulés et vécus uniquement avec les droits fondamentaux en toile de fond.*

